

- die Publizierung ihres "Falles" anbietet und dazu die Übersendung von Familienfotos fordert.

Die von den DDR-Bürgern übermittelten Informationen nutzte die "IGfM" - oftmals tendenziös gestaltet -

- für die Zusammenstellung der während der KSZE-Treffen in Bern und Wien verbreiteten "Dokumentationen" mit aufgelisteten Fällen übersiedlungersuchender DDR-Bürger und für die Organisierung weiterer politischer Provokationen (z. B. Pressekonferenzen, Plakataktionen),
- für die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und an der Staatsgrenze zur DDR (so z. B. im Zusammenhang mit dem Besuch des Gen. SINDERMANN in der BRD),
- zur Unterrichtung von Regierungsstellen der BRD, Rechtsanwälten und Politikern im Ausland über Ausreisebegehren von DDR-Bürgern und
- für fortlaufende Publikationen in ihren Hetzschriften "Menschenrechte" und "DDR-heute", in den Fernseh-, Rundfunk- und Pressemitteilungen sowie bei der Verbreitung von Flugblättern.

Untersuchungsergebnisse beweisen, daß die "IGfM" ihre Praktiken fortsetzt, Informationen über DDR-Bürger ohne deren Einverständnis und zum Teil gegen deren Willen zu veröffentlichen.

Die Feindorganisation "Hilferufe von drüben" setzte gleichfalls ihre Praxis fort, durch die Publizierung von Angaben über DDR-Bürger, die eine Übersiedlung anstreben, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu diskriminieren, in deren Folge u. a. eine Vielzahl von brieflichen "Sympathiebekundungen" aus der BRD ausgelöst wurden (in 1 Fall bis zu 60 Briefe).

Dabei trat insbesondere der hinlänglich bekannte Helfer von "Hvd" [REDACTED] wiederum als aktivste Person in Erscheinung, wobei er sich als "kirchlich engagierter Einzelkämpfer" darzustellen versuchte.

Unmittelbar nach dem 9. Jahrestreffen von "Hvd" richtete [REDACTED] im Dezember 1986 einen sichergestellten Drohbrief an die Strafvollzugsanstalt Naumburg. Darin führte er - analog wie in der von "Hvd" herausgegebenen "Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen in der DDR" - die Namen von Angehörigen dieser StVE an, und unterstellte ihnen die Schikanierung von "politischen Häftlingen".